

Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Haus-Vorster-Str. 8

51379 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@spd-leverkusen.de
www.spd-leverkusen.de

28. Januar 2010

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage von OWG-UWG (26.01.2010)

- **Wiederherstellung eines eigenständigen Leverkusener Polizeipräsidiums**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der entsprechenden Gremien.

Abweichend vom Beschlusstext des Ursprungsantrags beschließt der Rat wie folgt:

Der Rat der Stadt Leverkusen fordert die Landesregierung auf, in der Stadt Leverkusen wieder ein eigenständiges Polizeipräsidium einzurichten.

Begründung:

Die SPD-Fraktion vertritt nach der unangemessenen Schließung des Polizeipräsidiums Leverkusen die Auffassung, dass diese umgehend durch die Landesregierung rückgängig gemacht und eine landesorganisationsrechtlich eigenständige Polizeibehörde wiederhergestellt wird. Insofern halten wir die Initiative der Fraktion OWG-UWG für grundsätzlich richtig.

Falsch wäre es jedoch, ein gemeinsames Präsidium mit den Landkreisen einzurichten. Leverkusen ist eine industriell geprägte Großstadt im Umfeld von Köln. Problemlagen lassen sich nicht mit denen in ländlich strukturierten Kleinstädten wie etwa Leichlingen oder Lindlar gleichsetzen. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Anders als vom Antragsteller dargelegt, hat sich die Struktur des eigenständigen Leverkusener Polizeipräsidiums in seiner jahrzehntelangen Tradition bis ins Jahr 2005 durchaus bewährt. Wie sich auch beim Bau der Rathausgalerie dokumentiert, stellt Leverkusen ein Mittelzentrum dar für einen Einzugsbereich von circa 250.000 Einwohnern. Dies wird auch an den Aktivitäten von Sparkasse, EVL, Wupsi und AVEA deutlich, deren Tätigkeitsfeld sich über die Stadtgrenzen hinaus erstreckt.

Es geht schlicht darum, den mit der Schließung verbundenen Fehler der Landesregierung von CDU und FDP rückgängig zu machen. Die Zunahme von Einbrüchen, eine Schließung der Wache in Schlebusch und die Personalnot bei Streifenwagenbesetzungen sind für die Stadt drei Hiobsbotschaften auf einen Streich.

Daher appelliert der Rat der Stadt Leverkusen an den neu gewählten Landtag und die neu gewählte Landesregierung den Leverkusener Bürgern ihr Polizeipräsidium zurückzugeben. 44.000 Unterschriften sprechen auch heute noch eine deutliche Sprache.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Walter Mende
Fraktionsvorsitzender



Dieter März
Ratsmitglied



Wolfgang Pockrand
Ratsmitglied



Heinz-Gerd Bast
Ratsmitglied



Christian Dohmen
Fraktionsgeschäftsführer

